

Anfrage Tomaschett (Breil) betreffend 5 G-Antennen, ist der Ausbau in unserem Kanton in Gefahr?

Standorte von 5G-Antennen geben derzeit in zahlreichen Bündner Gemeinden zu Diskussionen Anlass. Die für die Bewilligung zuständigen Gemeindebehörden sehen sich oft mit zahlreichen Einsprachen oder gar Petitionen konfrontiert. Gleichzeitig wird eine flächendeckende und leistungsfähige Abdeckung mit Internet und Telefonie gefordert. Ein Technologieverbot wäre deshalb die falsche Antwort. Entscheidend ist aber eine abgestützte Planung, in der auch die Stimmberechtigten der entsprechenden Gemeinde mitreden können, denn heute sind die Antennenstandorte oft vom Zufall bzw. von der Auswahl der grossen Mobilfunkanbieter abhängig.

Die Gemeinden sind Träger der Ortsplanung: Sie erfüllen diese Aufgabe im Rahmen des übergeordneten Recht (Art. 3 KRG). Die Grundordnung besteht aus dem Baugesetz, dem Zonenplan, dem Generellen Gestaltungsplan und dem Generellen Erschliessungsplan (Art. 22 Abs. 2 KRG). Der Generelle Erschliessungsplan legt dabei in den Grundzügen die Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsanlagen der Bauzonen und anderer Nutzungszonen fest (Art. 45 Abs. 1 KRG). Mit anderen Worten enthält er Anlagen für Abfall, Wasser- und Abwasseranlagen. Zudem enthält er bedeutende Erschliessungsanlagen mit Ausstattungskarakter wie Parkierungsanlagen, Beschneigungsanlagen, Loipen, Fusswege, Wanderwege oder Reitwege (Art. 45 Abs. 2 KRG). Der Erlass und die Änderung des Generellen Erschliessungsplans unterliegt der Abstimmung durch die Stimmberechtigten in den Gemeinden (sofern nicht das Gemeindeparlament, falls vorhanden, dafür zuständig erklärt wird; Art. 48 Abs. 2 KRG). Damit ist er demokratisch legitimiert und die Stimmberechtigten können sich zu den Standorten der geplanten Erschliessungsanlagen äussern.

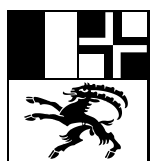
Die Unterzeichnenden fragen sich, ob es für die flächendeckende Versorgung mit 5G eine kommunale Planung, allenfalls auch eine überkommunale Planung, braucht. Der kommunale Erschliessungsplan ist dafür das richtige Instrument, da er die wesentlichen Anlagen der Grunderschliessung beinhaltet, wozu ohne Weiteres auch das Mobilfunknetz gehört. Zudem ist er demokratisch legitimiert, da er der Abstimmung durch die Stimmberechtigten in der Gemeinde unterliegt und ausserdem vorgängig ein öffentliches Mitwirkungsverfahren durchgeführt werden muss, in dem sich jedermann zu den geplanten Anlagen äussern kann. Die Gemeinden übernehmen damit das Zepter in der Planung und überlassen die Auswahl der umstrittenen Antennenstandorte nicht einfach den Mobilfunkanbietern.

Die Unterzeichnenden möchten daher von der Regierung wissen:

- a) welche Bedeutung eine flächendeckende Mobilfunkabdeckung, insbesondere mit 5G, für den Kanton Graubünden hat?
- b) ob aus Sicht der Regierung eine bessere, transparentere und tiefgründigere Information der Bevölkerung über die Vor- und Nachteile, die Chancen und Gefahren von 5G notwendig ist und ob die Behörden hierzu eine Informationspflicht trifft?
- c) ob die Regierung die Ansicht teilt, dass es für Mobilfunkanlagen, insbesondere für 5G-Antennen, eine Planung braucht?
- d) ob aus Sicht der Regierung der kommunale Generelle Erschliessungsplan dafür das richtige Instrument ist?
- e) ob die Planung allenfalls auch auf Stufe regionaler oder kantonaler Richtplan erfolgen muss oder ob es auf einer anderen Stufe eine Planung braucht?

Pontresina, 12. Juni 2019

Tomaschett (Breil), Engler, Kunfermann, Berther, Berweger, Bondolfi, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Cramerli, Danuser, Deplazes (Rabius), Derungs, Dürler, Ellemunter, Epp, Fasani, Felix, Flütsch, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Grass, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jenny, Kienz, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Natter, Niggli (Samedan), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Pfäffli, Ruckstuhl, Rüegg, Sax, Schmid, Schneider, Schutz, Schwärzel, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), Ulber, von Ballmoos, Weber, Widmer (Felsberg), Zanetti (Landquart)



Sitzung vom

20. August 2019

Mitgeteilt den

21. August 2019

Protokoll Nr.

601

Anfrage Tomaschett (Breil)

betreffend 5G-Antennen, ist der Ausbau in unserem Kanton in Gefahr?

Antwort der Regierung

Hintergrund der Anfrage ist der Widerstand, der sich vielerorts gegen neue Sendeanlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit der neuen Mobilfunktechnologie 5G regt.

Zu Frage 1: Eine gezielte Erschliessung des Kantons mit leistungsfähigen Breitbandtechnologien, zu denen auch 5G gehört, ist ein Standortfaktor für Graubünden. Weiterentwicklungen in diesem Bereich stärken den Wirtschaftsstandort Graubünden und sind daher grundsätzlich von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Auf der anderen Seite ist sich die Regierung bewusst, dass Mobilfunkanlagen bei Betroffenen Unbehagen auslösen, sei es aus Angst vor der von solchen Anlagen ausgehenden Strahlung (materielle Immissionen), sei es wegen sogenannter ideeller Immissionen, die Mobilfunkantennen bei Betroffenen in Form von unangenehmen psychischen Eindrücken bewirken können und geeignet sind, die Attraktivität des eigenen Wohngebiets und als Folge davon die Liegenschaftspreise zu mindern.

Zu Frage 2: Das wachsende Unbehagen gegenüber der neuen 5G-Technologie veranlasste das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement bereits im Frühling 2019, die Öffentlichkeit mit sachdienlichen Informationen zu versorgen. Insbesondere seitens der Gemeinden als Bewilligungsbehörden wurde diese Informationsoffensive des Kantons sehr geschätzt. Auch der Bund, dem die Kompetenz über gesundheitliche Wirkungen und Grenzwerte zufällt, hat auf den Internetseiten der Bundesämter für Umwelt und für Kommunikation zahlreiche Informationen aufgeschaltet.

Zu Fragen 3 – 5 (Planung): Die Möglichkeiten für Planungen im Bereich von Mobilfunkanlagen sind relativ begrenzt, weil das Mobilfunkwesen stark durch Bundesrecht geprägt ist. Da ist zum einen die Fernmeldegesetzgebung des Bundes, welche das öffentliche Interesse an der Versorgung aller Bevölkerungskreise mit qualitativ hochstehenden, zuverlässigen und erschwinglichen Fernmeldediensten konkretisiert. Da ist zum anderen die eidgenössische Verordnung über nichtionisierende Strahlung (NISV), welche den vorsorglichen Strahlenschutz abschliessend regelt, so dass der

Schutz über Planungen weder verschärft noch gelockert werden darf. Sind die bundesrechtlichen Strahlenschutzvorgaben eingehalten, haben die Anbietenden grundsätzlich Anspruch auf die Baubewilligung.

Angesichts dieser bundesrechtlichen Gegebenheiten sind raumplanungsrechtliche Planungen oder Vorschriften gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung nur zulässig, wenn mit ihnen wichtige raumrelevante öffentliche Interessen gewahrt werden sollen. Dabei müssen diese raumrelevanten Interessen das in der Fernmeldegesetzgebung konkretisierte öffentliche Versorgungsinteresse überwiegen, und die NISV darf nicht unterlaufen werden.

Wichtige raumrelevante Interessen sind etwa ausgewiesene Anliegen des Ortsbildschutzes und der Denkmalpflege, zu deren Verfolgung beispielsweise sogenannte Negativplanungen (Ausschluss von Mobilfunkanlagen in bestimmten Schutzgebieten oder auf resp. in gewissen Schutzobjekten) anerkannt sind. Raumplanerische Bestimmungen sind gemäss Rechtsprechung ferner auch erlaubt, um Einfluss auf den Bau von Mobilfunkanlagen in Wohngebieten nehmen zu können, dies mit dem Ziel, die ideellen Immissionen in Wohngebieten zu vermeiden oder wenigstens zu beschränken. Schon heute kennen einzelne Gemeinden in diesem Kontext ein baugesetzliches Kaskadenmodell, wonach Mobilfunkanlagen in 1. Priorität in Arbeitszonen zu erstellen sind, in 2. Priorität in den übrigen (gemischten) Zonen platziert werden müssen und erst in 3. Priorität in Wohnzonen zulässig sind. Dabei können gemäss Bundesgericht selbst unausweichlich in der Wohnzone zu platzierende Anlagen baugesetzlich dahingehend beeinflusst werden, dass nur solche für zulässig erklärt werden, die der lokalen Versorgung dienen, d. h. einen funktionalen Bezug zur Zone aufweisen und von ihren Dimensionen und ihrer Leistungsfähigkeit her der in reinen Wohnzonen üblichen Ausstattung entsprechen.

Ob die Gemeinden für derartige Einflussnahmen den Zonenplan, den Generellen Erschliessungsplan oder das Baugesetz wählen, bleibt ihnen überlassen. Die Mitwirkung der Bevölkerung ist bei allen ortsplanerischen Instrumenten gleichermassen gewährleistet. Als ungeeignet erscheint in diesem Kontext eine überörtliche Planung auf Stufe des regionalen oder gar kantonalen Richtplans.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Tomaschett (Breil) concernent antennas da 5G, è il provediment in privel en noss chantun?

Lieus d'antennas da 5G chaschunan actualmain discussiuns en numerusas vischnancas grischunas. Las autoritads communalas ch'èn cumpetentas per conceder la permissiun èn savens confruntadas cun numerusas protestas u schizunt cun petiziuns. A medem temp vegn pretendida ina rait d'internet e da telefonia da gronda prestaziun en l'entir chantun. In scumond da questa tecnologia fiss perquai la faussa resposta. Decisiva è dentant ina vasta planisaziun, en la quala er las persunas cun dretg da votar da la vischnanca correspondententa dastgan vegnir a pled, perquai ch'ils lieus d'antennas dependan oz savens da la casualidad resp. da la schelta dals gronds purschiders da telefonia mobila.

Las vischnancas èn las purtadras da la planisaziun locala: Ellas adempleschan questa incumbensa en il rom dal dretg surordinà (art. 3 LPTGR). L'urden fundamental consista da la lescha da construcziun, dal plan da zonas, dal plan general da furnaziun e dal plan general d'avertura (art. 22 al. 2 LPTGR). Il plan general d'avertura determinescha en quest connex en moda generala ils stabiliments da traffic, da provediment e da dismesa da las zonas da construcziun e d'autras zonas d'utilisaziun (art. 45 al. 1 LPTGR). Cun auters plets cuntogna el stabiliments per ils ruments, per l'aua e per l'aua persa. Plinavant cuntogna el stabiliments d'avertura impurtants cun caracter d'infrastructura, sco stabiliments da parcar, indrizs d'ennavar, loipas, sendas, sendas da viandar, vias da velos u vias da chavaltgar (art. 45 al. 2 LPTGR). Il relasch e la midada dal plan general d'avertura èn sutta-mess a la votaziun da las persunas cun dretg da votar en las vischnancas (nun ch'il parlament communal vegnia declerà sco cumpetent, en cas ch'in tal è avant maun; art. 48 al. 2 LPTGR). Uschia è il plan general d'avertura legitimà democraticamain, e las persunas cun dretg da votar pon s'exprimer davart ils lieus dals stabiliments d'avertura planisads.

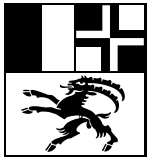
Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders sa dumondan, sch'i dovra ina planisaziun communal, eventualmain er ina planisaziun sur-communala, per il provediment cun 5G en l'entir chantun. Il plan d'avertura communal è il dretg instrument per quest intent, perquai ch'el cuntogna ils stabiliments essenzials da l'avertura fundamentala, e latiers tutga senz'auter er la rait da telefonia mobila. Ultra da quai è el legitimà democraticamain, perquai ch'el è sutta-mess a la votaziun da las persunas cun dretg da votar en la vischnanca e perquai ch'i sto ultra da quai vegnir realisada gia ordavant ina procedura publica da cooperaziun, nua che mintgin po s'exprimer davart ils stabiliments planisads. Las vischnancas surpiglian pia il scepter en la planisaziun e na sur-laschan betg simplamain als purschiders da telefonia mobila da tscherner ils lieus d'antennas dispitaivlas.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders vulessan perquai savair da la regenza:

- a) tge impurtanza ch'ina rait da telefonia mobila sur tut la surfatscha, en spezial da 5G, ha per il chantun Grischun?
- b) sch'igl è – ord vista da la regenza – necessari d'infurmar meglier, da maniera pli transparenta e pli detagliada la populaziun davart ils avantatgs ed ils dischavantatgs, davart las schanzas ed ils privels da 5G e sche las autoritads han in'obligaziun d'infurmaziun en chausa?
- c) sch'er la regenza è da l'avis ch'i dovria ina planisaziun per indrizs per telefonia mobila, en spezial per antennas da 5G?
- d) sch'il plan general d'avertura communal è – ord vista da la regenza – il dretg instrument per quai?
- e) sche la planisaziun sto eventualmain vegnir fatga er sin il stgalim dal plan directiv regiunal u chantunal u sch'i dovra ina planisaziun sin in auter stgalim?

Puntraschigna, ils 12 da zercladur 2019

Tomaschett (Breil), Engler, Kunfermann, Berther, Berweger, Bondolfi, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Crameri, Danuser, Deplazes (Rabius), Derungs, Dürler, Ellemunter, Epp, Fasani, Felix, Flütsch, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Grass, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jenny, Kienz, Kunz (Fläsch), Kunz (Cuir), Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Natter, Niggli (Samedan), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Pfäffli, Ruckstuhl, Rüegg, Sax, Schmid, Schneider, Schutz, Schwärzel, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), Ulber, von Ballmoos, Weber, Widmer (Favugn), Zanetti (Landquart)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

20 d'avust 2019

21 d'avust 2019

601

Dumonda Tomaschett (Breil)

concernent antennas da 5G, è il provediment in privel en noss chantun?

Resposta da la regenza

La raschun per la dumonda è la resistenza ch'i dat en blers lieus cunter novs implants da transmissiun per il provediment da la populaziun cun la nova tecnologia da telefonia mobila 5G.

Tar la dumonda 1: In'avertura sistematica dal chantun cun tecnologias a bindel lad d'auta prestaziun, da las qualas er 5G fa part, è in factur local per il Grischun. Ulteriurs svilups en quest sectur rinforzan il Grischun sco lieu economic ed han perquai da princip ina gronda impurtanza per l'economia publica. Da l'autra vart è la regenza conscienta che indrizz per telefonia mobila sveglian malcuntentientscha tar las persunas pertutgadas, saja quai per tema da la radiaziun che resorta da tals indrizz (immissiuns materialas) u saja quai pervia d'uschenumnadas immissiuns supponidas che las antennas per telefonia mobila chaschunan tar las persunas pertutgadas en furma d'impressiuns psichicas e che pon esser bunas da sminuir l'attractividad da l'agen lieu d'abitar ed – en consequenza da quai – ils pretschs da las immobiglias.

Tar la dumonda 2: La malcuntentientscha creschenta envers la nova tecnologia da 5G ha incità il departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient gia la primavaira 2019 da provider la publicidad cun infurmaziuns utilas. Cunzunt las vischnancas sco autoritads da permissiun han stimà zunt fitg questa offensiva d'infurmaziun dal chantun. Er la confederaziun, ch'è cumpetenta per ils effects sin la sanadad e per las limitas, ha publitgà numerusas infurmaziuns sin las paginas d'internet da l'uffizi federal d'ambient e da l'uffizi federal da comunicaziun.

Tar las dumondas 3 – 5 (planisaziun): Las pussaivladads da planisaziun en il sectur dals indrizz per telefonia mobila èn relativamain limitads, perquai ch'ils fatgs da telefonia mobila èn reglads fermamain tras il dretg federal. D'ina vart è quai la legislaziun federala da telecomunicaziun che concretisescha l'interess public per in provediment da tut ils circuls da la populaziun cun servetschs da telecomunicaziun d'auta qualidad, segirs e pajabels. Da l'autra vart è quai l'ordinaziun davart la protecziun cunter radiaziuns nunionisantas (ORNI) che regla definitivamain la protecziun pre-

ventiva cunter radiaziuns, uschia che la protecziun na dastga betg vegnir augmentada ed er betg sminuida sin la via da planisaziuns. Sche las prescripziuns davart la protecziun cunter radiaziuns vegnan observadas, han ils petents da princip il dretg da survegnir ina permissiun da construcziun.

En vista a questas circumstanzas concernent il dretg federal èn – tenor la giurisdicziun dal tribunal federal – planisaziuns u prescripziuns admissiblas mo, sch'ellas duain defender interess publics impurtants relevants per il territori. Quests interess relevants per il territori ston predominar l'interess da provediment public concretisà en la legislaziun da telecomunicaziun, e la ORNI na dastga betg vegnir sutminada.

Interess impurtants relevants per il territori èn per exempel interess cumprovads da la protecziun dal lieu e da la tgira da monuments. Per perseguitar tals interess èn per exempel reconuschidas uschenumnadas planisaziuns negativas (exclusiun d'indrizs per telefonia mobila en tscherts territoris protegids u sin resp. en tscherts objects protegids). Disposiziuns da la planisaziun dal territori èn – tenor la giurisdicziun – plinavant er permissas per pudair prender influenza sin la construcziun d'indrizs per telefonia mobila en zonas d'abitar. Quai cun la finamira d'evitar u almain da restrenscher las immissiuns supponidas en zonas d'abitar. Gia oz enconuschan singulas vischnancas en quest context in model da cascada en lur leschas da construcziun. Tenor quest model ston indrizs per telefonia mobila vegnir construids en 1. prioritad en zonas da lavur, ston vegnir plazzads en 2. prioritad en las ulteriuras zonas (maschadadas) ed èn admissibels pir en 3. prioritad en zonas d'abitar. Tenor il tribunal federal èsi schizunt pussaivel d'influenzar sur la lescha da construcziun indrizs che ston vegnir plazzads inevitablmain en la zona d'abitar, e quai uschia, ch'i vegnan declerads per admissibels mo indrizs che servan al provediment local, q.v.d. che han in connex funcziunal cun la zona e che correspundan – areguard lur dimensiuns e lur capaciad – a l'infrastructura usitada en puras zonas d'abitar.

Sche las vischnancas vulan tscherner il plan da zonas, il plan general d'avertura u la lescha da construcziun per pudair prender talas influenzas, pon ellas decider sezzas. La cooperaziun da la populaziun è garantida da medema maniera tar tut ils instruments da la planisaziun locala. Sco inadeguata para en quest context ina planisaziun surlocala sin il stgalim dal plan directiv regiunal u schizunt chantunal.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il chancelier:

Daniel Spadin

Interpellanza Tomaschett (Breil) concernente le antenne 5G: il potenziamento nel nostro Cantone è a rischio?

Attualmente le ubicazioni di antenne 5G danno adito a discussioni in numerosi comuni grigionesi. Spesso le autorità comunali competenti per l'autorizzazione si vedono confrontate con numerose opposizioni o addirittura petizioni. Allo stesso tempo viene chiesta una copertura capillare ed efficiente con internet e telefonia. Per tale ragione, vietare la tecnologia sarebbe la risposta sbagliata. Tuttavia è decisiva una pianificazione che goda di sostegno, durante la quale gli aventi diritto di voto del comune corrispondente possano partecipare, poiché oggi le ubicazioni delle antenne dipendono spesso dal caso o dalla scelta dei grandi operatori di telefonia mobile.

I comuni sono gli enti responsabili per la pianificazione locale: essi adempiono a tale compito nel quadro del diritto di rango superiore (art. 3 LPTC). L'ordinamento base si compone della legge edilizia, del piano delle zone, del piano generale delle strutture e del piano generale di urbanizzazione (art. 22 cpv. 2 LPTC). Il piano generale di urbanizzazione definisce nei tratti fondamentali gli impianti per il traffico, di approvvigionamento e di smaltimento delle zone edificabili e di altre zone di utilizzazione (art. 45 cpv. 1 LPTC). In altre parole esso comprende impianti per la gestione dei rifiuti, impianti idrici e impianti per le acque di scarico. Inoltre contiene importanti impianti di urbanizzazione con carattere di attrezzatura come impianti per il parcheggio, impianti d'innevamento, piste di fondo, percorsi pedonali, sentieri o piste per cavalli (art. 45 cpv. 2 LPTC). L'emanazione e la modifica del piano generale di urbanizzazione sono sottoposte a votazione degli aventi diritto di voto nei comuni (se non viene dichiarato competente il parlamento comunale, qualora esista; art. 48 cpv. 2 LPTC). Pertanto sono legittimate democraticamente e gli aventi diritto di voto possono esprimersi in merito alle ubicazioni degli impianti di urbanizzazione previsti.

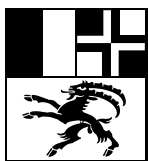
Le firmatarie e i firmatari si chiedono se per una copertura capillare con rete 5G sia necessaria una pianificazione comunale o eventualmente anche una pianificazione sovracomunale. Il piano di urbanizzazione comunale è lo strumento adatto a tale scopo, dato che contiene gli impianti sostanziali dell'urbanizzazione di base, tra i quali rientra senz'altro anche la rete di telefonia mobile. Inoltre è legittimato democraticamente, dato che è sottoposto a votazione degli aventi diritto di voto nel comune e inoltre in precedenza deve essere svolta una procedura di partecipazione pubblica, durante la quale chiunque può esprimersi in merito agli impianti previsti. In tal modo i comuni prendono in mano la pianificazione e non lasciano semplicemente la scelta delle controverse ubicazioni delle antenne agli operatori di telefonia mobile.

Le firmatarie e i firmatari vorrebbero sapere dal Governo:

- a) Quale importanza riveste una copertura capillare con rete mobile, in particolare con rete 5G, per il Cantone dei Grigioni?
- b) Se secondo il Governo un'attività informativa migliore, più trasparente e più approfondita in merito a vantaggi e svantaggi, a opportunità e rischi della rete 5G è necessaria e se le autorità hanno un obbligo di informazione al riguardo.
- c) Se il Governo condivide l'opinione secondo cui per impianti di telefonia mobile, in particolare per antenne 5G, è necessaria una pianificazione.
- d) Se per il Governo il piano generale di urbanizzazione comunale è lo strumento giusto a tale scopo.
- e) Se la pianificazione deve avvenire eventualmente anche a livello di piano direttore regionale o cantonale oppure se è necessaria una pianificazione a un altro livello.

Pontresina, 12 giugno 2019

Tomaschett (Breil), Engler, Kunfermann, Berther, Berweger, Bondolfi, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Cramer, Danuser, Deplazes (Rabius), Derungs, Dürler, Ellemunter, Epp, Fasani, Felix, Flütsch, Gasser, Geisseler, Giacomelli, Grass, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jenny, Kienz, Kunz (Fläsch), Kunz (Coira), Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Natter, Niggli (Samedan), Noi-Togni, Papa, Paterlini, Pfäffli, Ruckstuhl, Rüegg, Sax, Schmid, Schneider, Schutz, Schwärzel, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), Ulber, von Ballmoos, Weber, Widmer (Felsberg), Zanetti (Landquart)



Seduta del

20 agosto 2019

Comunicata il

21 agosto 2019

Protocollo n.

601

Interpellanza Tomaschett (Breil)

concernente le antenne 5G: il potenziamento nel nostro Cantone è a rischio?

Risposta del Governo

L'interpellanza si inserisce nel contesto delle resistenze esistenti in molti luoghi contro nuovi impianti di trasmissione volti a mettere a disposizione della popolazione la nuova tecnologia di telefonia mobile 5G.

In merito alla domanda 1: una dotazione mirata del Cantone con tecnologie performanti a banda larga, tra le quali rientra anche il 5G, è un fattore di ubicazione per i Grigioni. Ulteriori sviluppi in questo settore rafforzano la piazza economica dei Grigioni e quindi in linea di principio rivestono grande importanza sotto il profilo economico. D'altro canto il Governo è consapevole che gli impianti di telefonia mobile causano disagio tra i diretti interessati, sia per paura delle radiazioni emesse da simili impianti (immissioni materiali), sia per le cosiddette immissioni morali che le antenne di telefonia mobile possono generare tra gli interessati sotto forma di impressioni psichiche sgradevoli e che possono ridurre l'attrattività della propria zona abitativa e di conseguenza comportare un calo dei prezzi degli immobili.

In merito alla domanda 2: il crescente disagio nei confronti della nuova tecnologia 5G ha spinto il Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente a fornire al pubblico informazioni utili in merito già nella primavera del 2019. In particolare i comuni in veste di autorità di approvazione hanno apprezzato molto questa campagna informativa svolta dal Cantone. Anche la Confederazione, alla quale spetta la competenza riguardo alle conseguenze sulla salute e ai valori limite, ha pubblicato numerose informazioni sui siti web dell'Ufficio federale dell'ambiente e dell'Ufficio federale delle comunicazioni.

In merito alle domande 3 – 5 (pianificazione): gli strumenti di pianificazione disponibili in relazione agli impianti di telefonia mobile sono piuttosto limitati, in quanto il settore della telefonia mobile viene disciplinato fortemente dal diritto federale. Da un lato vi è la legislazione federale sulle telecomunicazioni, la quale fornisce una concretizzazione dell'interesse pubblico riguardo a un servizio di qualità elevata, affidabile e a prezzi accessibili a tutte le cerchie della popolazione. D'altro lato vi è l'ordinanza federale sulla protezione dalle radiazioni non ionizzanti (ORNI), la quale disciplina in maniera

esaustiva la protezione preventiva dalle radiazioni, cosicché attraverso pianificazioni non si possa né inasprire né allentare la protezione. Se le prescrizioni in materia di protezione dalle radiazioni previste dal diritto federale vengono rispettate, in linea di principio gli offerenti hanno diritto al rilascio di una licenza edilizia.

In considerazione di tali circostanze dettate dal diritto federale, secondo la giurisprudenza del Tribunale federale, pianificazioni o prescrizioni in materia di pianificazione del territorio sono ammissibili solo se sono funzionali a garantire interessi pubblici importanti e rilevanti sotto il profilo territoriale. In tale contesto questi interessi territoriali devono prevalere rispetto all'interesse pubblico inerente la garanzia del servizio e l'ORNI non deve essere elusa.

Interessi importanti e rilevanti sotto il profilo territoriale sono rappresentati ad esempio da esigenze della protezione dei siti caratteristici e del Servizio monumenti; al fine di far fronte a queste ultime sono ammesse cosiddette pianificazioni negative (esclusione di impianti di telefonia mobile in determinate zone di protezione oppure su o in determinati oggetti da proteggere). Secondo quanto previsto dalla giurisprudenza, disposizioni pianificatorie sono ammesse anche per influire sulla costruzione di impianti di telefonia mobile in zone abitate; ciò avviene allo scopo di evitare o almeno di limitare le immissioni morali in zone abitate. Già oggi in questo contesto singoli comuni conoscono un modello a cascata previsto dalla legge edilizia, secondo cui gli impianti di telefonia mobile in 1^a priorità devono essere realizzati in zone di lavoro mentre quelli in 2^a priorità devono essere collocati nelle altre zone (miste) e solo in 3^a priorità sono ammessi in zone abitative. Secondo il Tribunale federale, attraverso la legge edilizia è possibile influire anche su impianti da collocare imperativamente in una zona abitativa stabilendo che vengano dichiarati ammissibili solo gli impianti utili a garantire il servizio locale, ossia quelli che presentano un legame funzionale con la zona e che hanno dimensioni e potenza conformi alla dotazione consueta in mere zone abitative.

Spetta ai comuni decidere se per influire in tal modo preferiscono intervenire nel piano delle zone, nel piano generale di urbanizzazione oppure nella legge edilizia. La partecipazione della popolazione è garantita in egual misura per tutti gli strumenti di pianificazione locale. In questo contesto una pianificazione sovralocale a livello di piano direttore regionale o addirittura cantonale pare inadeguata.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin